

gen Leben neue Nahrung und Kraft und ließe nicht das Eigentliche des Menschen leer und unbefriedigt. Das Verlangen nach solcher betrachtenden und betenden Stille erhebt sich heute immer stärker und dringender und sucht nach Formen und Gelegenheiten.

Das Heil ist immer von den wenigen ausgegangen; das zeigen die Anfänge des Christentums, das zeigt seine ganze Geschichte. Es wird auch heute nicht anders sein. Auch heute gilt für diese wenigen: „Seid getrost, Ich habe die Welt überwunden!“ (Jo 16, 33).

Entwicklungshilfe und Außenpolitik

Heinrich Krauss SJ

Die Ereignisse der letzten Monate haben für viele Menschen den praktischen Nutzen und die moralischen Grundlagen der deutschen Entwicklungshilfe in Frage gestellt. Der Widerstand gegen die Entwicklungshilfe, der seit Jahren durch mißverstandene, manchmal auch mißverständliche Pressemeldungen verstärkt worden war¹, hat seinen Ausdruck in der Meinung gefunden, die Entwicklungshilfe sei einzustellen oder doch ganz den Interessen der deutschen Außenpolitik unterzuordnen.

Gewiß läßt sich diese oder jene Maßnahme der deutschen Entwicklungspolitik kritisieren. Mit Recht kann man ferner eine Überprüfung der Hilfsmaßnahmen fordern, wenn die besondere Situation eines geteilten Landes von einzelnen Empfängern der Hilfe ungebührlich ausgenützt wird. Das darf jedoch nicht dazu führen, daß die überragende Bedeutung übersehen wird, die das Problem der Unterentwicklung für die heutigen internationalen Beziehungen erlangt hat. Die folgen-

¹ So ist die Auffassung weit verbreitet, die Bundesrepublik verschenke aus philanthropischen Gründen in großem Stil Geld an Länder, die mit dem Geld nicht umgehen können. In Wirklichkeit handelt es sich um Vorgänge, die mit der internationalen Verflechtung von Wirtschaft und Handel zusammenhängen. So zumindest nach dem bisherigen Stand. Von den über 25 Milliarden DM, die für die letzten 15 Jahre als Entwicklungshilfe der Bundesrepublik deklariert wurden, sind nur rund 1,5 Milliarden als Geschenke anzusehen – wenn man von den Leistungen an Israel einmal absieht. (Vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe [Baden-Baden/Bonn: Lutzeyer] II A, 01, 02, 03). Aber selbst ein großer Teil dieser Geschenke, die meist Maßnahmen der fachlichen Hilfe darstellen, sind zugleich ein Mittel, um die Stellung der deutschen Wirtschaft in Welthandel und Weltwirtschaft zu festigen und auszubauen. Die übrigen Summen, der weitaus größte Teil also, setzt sich zusammen aus Investitionen der deutschen Wirtschaft, aus Krediten der privaten Wirtschaft im laufenden Geschäft mit den Entwicklungsländern, aus staatlichen Bürgschaften für solche Kredite sowie aus Krediten an einzelne Staaten oder internationale Organisationen. In allen Fällen findet eine genaue Prüfung jedes einzelnen Projektes statt und wird die Verwendung des Geldes kontrolliert. Daß immer wieder einzelne Pannen vorkommen können, ist bei der Neuartigkeit des Entwicklungsproblems verständlich.

den Darlegungen wollen darum aufzeigen, daß die Außenpolitik eines Einzelstaates heute nur dann moralisch vertretbar ist und auch – auf lange Sicht – nur dann den eigenen Interessen wirklich dient, wenn sie neben deren Wahrung auch jene Aufgaben zu übernehmen bereit ist, die sich für sie aus dem Gesamtzusammenhang der neuen Weltsituation ergeben.

Die „Dritten Mächte“ in der Weltpolitik

Die Bundesrepublik hatte sich in den Konflikten der Entkolonisierungsperiode mit der Rolle des Zuschauers begnügen können. Nun aber scheint sie in ihrem Verhältnis zu den neuen Staaten gewissen Krisen entgegenzugehen, die die früheren Kolonialmächte im Verhältnis zu ihren ehemaligen Kolonien und die USA im Verhältnis zu Lateinamerika bereits hinter sich haben. Die öffentliche Meinung jener Länder mußte auf oft schmerzliche Art lernen, die politische Wirklichkeit der unabhängig gewordenen Dritten Welt ernstzunehmen².

Eine erste Schwierigkeit für das rechte Verständnis der neuen Lage ergibt sich daraus, daß die deutsche Außenpolitik bisher für weite Kreise fast ausschließlich vom Ost-West-Konflikt bestimmt war. Diese Sicht der Dinge ist zu eng. Zwar bleibt das Ringen zwischen Nord und Süd – wie man den neuen weltpolitischen Gegensatz genannt hat³ – in die alte Auseinandersetzung zwischen Ost und West eingebettet. Die oft aufgestellte Behauptung jedoch, die Politik der neuen Staaten werde einfachhin von Moskau oder Peking aus gelenkt, ist abwegig. Man darf nicht übersehen, daß sich die Entwicklungsländer ebensowenig in ausschließlicher Weise an den Osten wie an den Westen binden wollen. Die Politik des „non-alignment“ ist dafür ein Ausdruck. Begreiflicherweise versuchen diese Länder ihre schwache Position dadurch auszugleichen, daß sie Hilfe von beiden Seiten nehmen und die Spender der Hilfe gegebenenfalls gegeneinander ausspielen. Dies mag für die Industrieländer unangenehm sein, sollte sie aber nicht dazu verführen, darin von vornherein ein verstecktes Engagement für den Osten zu sehen. Die „Dritte Welt“ hat ihre Eigenständigkeit gewonnen und wird sie auch zu behaupten wissen. Das ist eine Tatsache, mit der in den internationalen Beziehungen gerechnet werden muß.

Für ein Land wie Deutschland kommt hinzu, daß sich die Art und Weise des Druckes der Entwicklungsländer auf die Industrieländer gewandelt hat. Während der Jahre des Unabhängigkeitskampfes war Deutschland, das keine Kolonien besaß, im Schatten der eigentlichen Auseinandersetzungen mit den überseeischen Gebieten gestanden. Diese Zeit dürfte vorbei sein. Die Einteilung der Industrieländer

² Vgl. hierzu u. a. J. B. Duroselle et Meyriat (Hrsg.), *Les nouveaux Etats dans les relations internationales* (Paris 1962) und *La communauté internationale face aux jeunes Etats* (Paris 1964).

³ Vgl. Pierre Hassner, *Le „Système Internationale“ et les nouveaux Etats*, in: Duroselle/Meyriat a.a.O. 11 ff.

in Kolonialmächte und Nicht-Kolonialmächte spielt keine wesentliche Rolle mehr. Auf seiten der Entwicklungsländer entsteht infolge der mit der Erlangung der Unabhängigkeit erst sichtbar werdenden Probleme ein neues Solidaritätsbewußtsein, das sich nicht mehr auf den gemeinsamen Kampf gegen die Fremdherrschaft stützt, sondern auf den gemeinsamen Kampf um eine neue wirtschaftspolitische Ordnung auf Weltebene. Das Einschwenken der lateinamerikanischen Staaten in die Front der Entwicklungsländer auf der Genfer Konferenz für Handel und Entwicklung von 1964 zeigt deutlich den Weg, der seit der Konferenz von Bandung 1955 zurückgelegt wurde.

Die Außenpolitik eines hochindustriellen und wirtschaftlich mächtigen Landes hat aber nicht nur die besondere Eigenart der Mitspieler auf dem internationalen Feld zu berücksichtigen und dann nach Art des Schachspielers ihre Züge und Gegenzüge zu berechnen. Sie sollte darüber hinaus den augenblicklichen Stand und die voraussichtliche Weiterentwicklung des ganzen internationalen Systems beachten, innerhalb dessen sich ihre Aktivität notwendig bewegen muß. Es ist ein Unterschied, ob das Staatensystem von einem kleinen und relativ homogenen Kreis von Nationalstaaten gebildet wird, wie dies bis zum ersten Weltkrieg der Fall war, oder ob es sich, wie heute, aus Staaten zusammensetzt, die wirtschaftlich-technisch auf sehr verschiedenen Entwicklungsstufen stehen. Es ist ferner von Bedeutung, daß auf Grund der wirtschaftlichen und technischen Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten erfolgt sind, der Grad der wechselseitigen Zusammenarbeit zwischen den Staaten größer sein muß. Auch hierin gibt es zwischen den Anforderungen, die das 19. Jahrhundert stellte, und denen der heutigen Zeit einen großen Unterschied.

Es ist nicht leicht, die heutige Weltsituation in einer einigermaßen treffenden Weise zu charakterisieren. Das Problem der „Entwicklung“ ist als solches erst seit kaum 20 Jahren erkannt worden. Die Wissenschaft von der internationalen Politik und die wissenschaftliche Erfassung der Entwicklungsproblematik bringen erst allmählich eingehende und zusammenfassende Analysen hervor.

Kolonisation, Entkolonisierung und Unterentwicklung

Nicht selten kann man bei uns die Meinung hören, es wäre besser, die überseeischen Länder sich selbst zu überlassen, weil es nicht feststünde, ob das Hineintragen der modernen technischen Zivilisation ihren Wünschen und Anlagen entspräche und ob sie dadurch tatsächlich glücklicher gemacht würden. Diese Auffassung übersieht, daß in jenen Ländern durch die bisherigen Einwirkungen der modernen technischen Zivilisation Europas bereits eine Umwandlung der Verhältnisse stattgefunden hat, die rückgängig zu machen nicht mehr in unserer Macht steht.

Diese früher als „rückständige Länder“ oder „Rohstoffländer“ bezeichneten Gebiete werden heute als „unterentwickelte“ oder „Entwicklungsländer“ bezeichnet. Wenn heute die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas notwendig geworden ist, so ist der Grund dafür weitgehend in den Veränderungen zu suchen, die seither dort stattgefunden haben. Man geht am eigentlichen Problem vorbei, wenn man meint, es gehe nur darum, daß die Entwicklungsländer den Abstand zwischen einer traditionellen Kultur und der modernen Welt aufholen, so wie dies im vorigen Jahrhundert den Japanern gelungen war. So einfach liegen die Dinge nicht. Es kommt für die unterentwickelten Länder zwar darauf an, den Entwicklungsgang der Industrieländer durch eigene Anstrengungen und durch Hilfe von außen nachzuvollziehen und damit den Anschluß an die moderne Welt zu finden. Ihre Unterentwicklung läßt sich jedoch nicht allein auf ein bloßes Zurückbleiben im technisch-wirtschaftlich-gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit zurückführen. Bei keinem der Entwicklungsländer handelt es sich um eine noch intakte Zivilisation, die einen bloß stationären Zustand zu überwinden hätte, wie dies für frühere traditionelle Kulturen einschließlich derjenigen des jungen Europas im Mittelalter oder derjenigen Japans um 1860 der Fall gewesen war. Ein Blick auf die gemeinhin zitierten Merkmale der Unterentwicklung zeigt, daß neben Kriterien, die für jede vorneuzeitliche Zivilisation gelten würden, auch solche stehen, die aus der Begegnung dieser Länder mit der modernen Welt herrühren. Die Desorganisierung der überkommenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen oder das wachsende Mißverhältnis zwischen Produktion und Bevölkerungsdruck sind mindestens ebenso kennzeichnend wie die geringe Kalorienzahl, der Analphabetismus, das Fehlen mechanischer Energie oder das Vorwiegen der Landwirtschaft⁴.

Diese Art Unterentwicklung, die man besser „Fehlentwicklung“ nennen könnte⁵, ist verhältnismäßig neueren Datums. Sie besteht nicht so sehr darin, daß die moderne Wirtschaft und Zivilisation noch nicht in jene Länder hineingetragen worden wäre. Manchmal war dies ja sogar in gewaltigem Ausmaß geschehen. Die Produktion tropischer Pflanzen mit modernen Methoden, die Ausfuhr von Mineralien, der Bau von Häfen, Eisenbahnen und Straßen, die Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung und im Schulwesen geben dafür Zeugnis. Diese Erschließung war jedoch fast ausschließlich in Funktion der Wirtschaftsbedürfnisse der Industrieländer und ohne Rücksicht auf die spezifischen Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Länder erfolgt. Der von der modernen Wirtschaft erfaßte Sektor übte als bloßer Außenposten einer fremden Volkswirt-

⁴ Für diese Sicht des Problems der Unterentwicklung vgl. Elias Gannagé, *Economie du développement* (Paris 1962) 60 ff.; Yves Lacoste, *Les pays sous-développés* (Paris 1963) 59 ff., sowie den Abschnitt „Rückständige Bevölkerungen und dualistische Gesellschaften“ bei Joachim von Spindler, *Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer* (Stuttgart 1963) 30 ff.

⁵ So ein Vorschlag von U. Aziz. Vgl. Karlernst Ringer, *Agrarverfassungen im tropischen Afrika* (Freiburg/Br. 1963) 12, Fußnote 6.

schaft nur sehr wenig Anregung auf die Wirtschaft des Landes selbst aus. Sehr oft machte er sogar – was noch weit schwerer wiegt – das rechte Funktionieren der traditionellen einheimischen Wirtschaft unmöglich.

Ähnlich liegen die Dinge hinsichtlich der Einwirkung in andere Lebensbereiche. So hat etwa die moderne Medizin und Hygiene durch die Bekämpfung von Seuchen, Krankheiten und Kindersterblichkeit zu einer gewaltigen Erhöhung von Lebensdauer und Lebensaussichten beigetragen. Da ihre Einwirkung aber nicht – wie bei uns – von einer gleichzeitigen Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen begleitet war, hat sie das frühere Gleichgewicht zwischen Produktionsmöglichkeiten und Bevölkerungszahl gestört⁶.

Dies ist nur ein Beispiel unter vielen. Wenn um die Mitte des 20. Jahrhunderts – von einigen wenigen entlegenen Gegenden abgesehen – alle Länder der Erde in den Sog des Industriezeitalters hineingezogen und vom Prozeß des kontinuierlichen wirtschaftlichen und technischen Fortschritts erfaßt worden waren, so gab es dabei einen Unterschied, der tiefgreifende Auswirkungen haben sollte: den Nationen in Westeuropa, Nordamerika, Japan und Rußland war es gelungen, die von England sich ausbreitende Welle der Industrialisierung in eigener Verantwortung aufzunehmen und die eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen entsprechend dafür umzugestalten; im übrigen Bereich der Welt dagegen wurde die moderne Wirtschaft zwar eingepflanzt, aber auf eine – wie wir heute klarer sehen können – fehlerhafte Weise, so daß sie einerseits das rechte Funktionieren der bisherigen traditionellen Wirtschaft immer mehr unmöglich machte, aber andererseits keinen Anreiz für deren Umwandlung und Einbeziehung in den Prozeß der Modernisierung und Industrialisierung abgab. In vielen Entwicklungsländern wächst darum die Kluft zwischen den Schichten, die an den modernen Sektoren teilhaben, und den Schichten, bei denen dies nicht der Fall ist.

Die statistischen Angaben über das durchschnittliche pro-Kopfeinkommen innerhalb der einzelnen Länder geben über diese Sachlage keinerlei Rechenschaft. Eben- sowenig bringen sie die entscheidende Tatsache zum Ausdruck, daß in dem einen Teil der Menschheit – der etwa 15 % ausmacht – eine zugleich technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik am Werk ist, die ein mehr oder weniger kontinuierliches Anwachsen der materiellen Lebensbedingungen bewirkt, während in dem anderen – weitaus größeren – Teil der Menschheit Wirtschaft und Gesellschaft in einem stationären Zustand verharren, was sogar vielfach eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die breiten Massen mit sich bringt und die Aus-

⁶ Es geht hier nicht allein darum, daß die Geburtenrate solcher Länder hoch geblieben ist. Der Rückgang der Sterblichkeit läßt eine viel größere Zahl von Menschen ins heiratsfähige Alter gelangen als früher, was die Wachstumsrate der Bevölkerung noch auf Jahrzehnte hinaus sehr stark mitbestimmen wird. Die indische Bevölkerung z. B. zählte 1960 387 Millionen. Sie würde im Jahre 1986 bei Beibehaltung der augenblicklichen Geburtenrate 743 Millionen und bei einer starken Drosselung 615 Millionen zählen. Das ist zwar bedeutend weniger, aber noch so viel, daß eine Katastrophe nur dann verhindert werden kann, wenn bis dahin Indien den Anschluß an die moderne wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefunden hat.

sichten auf eine Überwindung der Disharmonien aus eigener Kraft immer mehr verringert⁷. Die Frage, ob ein Land den Anschluß an die moderne Dynamik gefunden hat, ist viel bedeutsamer als die Unterschiede in der Lebenshaltung, die ja sogar zwischen einzelnen Industrieländern nicht unbeträchtlich sind⁸.

Nach dem Urteil vieler Fachleute befindet sich die Menschheit in einer fast ausweglosen Situation, die ohne größere Katastrophe nur durch die vereinte Anstrengung aller Völker bewältigt werden kann⁹. Die Lösung des Entwicklungsproblems kann jedoch nicht über staatliche oder private Wohltätigkeit gefunden werden, obwohl gerade diese viel zur Linderung des oft ungeheuren Elends beitragen kann. Es handelt sich auch nicht darum, durch Zahlungen oder Leistungen vergangenes Unrecht wiedergutzumachen. In Wirklichkeit geht es um die Frage, ob die Menschheit als ganze bereit ist, aus der gegebenen Situation die Folgerungen zu ziehen und ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten. Manche sind durchaus gewillt, eine solche Sicht der Dinge grundsätzlich anzuerkennen. Sie fragen jedoch, ob nicht angesichts der Unsicherheit der Zukunft vieler Entwicklungsländer jede Verbindlichkeit gegenüber diesen Ländern, sei es durch Geschenke, sei es durch Kredite oder sei es durch Investitionen, ein unzumutbares Risiko mit sich bringe. Die Dringlichkeit der Fragestellung wird verstärkt durch die Nachrichten, die aus vielen Entwicklungsländern kommen. Mangelnder Wille zu den nötigen Reformen, Korruption von Regierung und Verwaltung, Aufstellen demagogischer und unrealistischer Planungsziele, Liebäugeln mit dem Kommunismus oder doch kommunistischen Leitbildern für Wirtschafts- und Staatsordnung, Überempfindlichkeit und Undankbarkeit gegenüber den Geberländern sind die Hauptvorwürfe, die gegen die neuen Nationen erhoben werden. Angesichts des ungeheuren Ausmaßes der gestellten Aufgaben und der scheinbar geringen Erfolge der bisherigen Lösungsversuche ist die Versuchung groß, vor der Aufgabe zu verzagen.

Die Versuchung des „Cartierismus“

Eine Form dieser Versuchung, der heute viele Menschen in den Industrieländern zu erliegen scheinen, ist eine isolationistische Ideenströmung, nach dem französischen Journalisten Raymond Cartier „Cartierismus“ genannt. Im Anschluß an eine in der französischen Zeitschrift „Enterprise“ erschienene Studie stellte Cartier 1957 in einer Artikelreihe der mit einer Millionenauflage verbreiteten Illustrierten „Paris-Match“ die These auf, ein zwangsweises Aufrechterhalten der Bande zwischen den Kolonien und ihren Mutterländern stelle eine unverantwortliche Ver-

⁷ Vgl. für diesen „circulus vitiosus“ Gannagé a.a.O. 98 ff.

⁸ Der Ausdruck „reiche Länder“ oder „Industrieländer“ wird hier synonym für die entwickelten Länder gebraucht, d. h. die Länder, in denen der Anschluß an die Dynamik des Industriezeitalters vollzogen ist, selbst wenn etwa bei ihnen die landwirtschaftliche Produktion im Vordergrund steht.

⁹ Die Dringlichkeit der Lage ist geschildert bei Joseph Lebreton, *Suicide ou survie de l'Occident?* (Paris 1958).

schwendung von Geld und Energie dar. Wer die Unabhängigkeit wolle, so meint Cartier, dem solle man sie geben. Keines der Länder, das seine Kolonien verlor, wäre deshalb ruiniert worden. Ganz im Gegenteil sollte man die für die überseeischen Länder ohne rechte Kontrollmöglichkeit verwendeten Summen besser für die unterentwickelten Regionen Frankreichs und den sozialen Aufbau in der Heimat verwenden, wo noch manches im argen liege.

Diese Gedankengänge des Cartierismus, zunächst konzipiert, um Frankreich von der Last seiner Kolonien zu „befreien“, werden nun auf die Beziehungen der Industrieländer zu den Entwicklungsländern angewandt. So wie Cartier vorschlug, den auf Unabhängigkeit drängenden Ländern diese zu geben, und zwar ganz, so wollen heute manche angesichts der wirklichen oder angeblichen Mißstände in den Entwicklungsländern und der verschiedenen Erpressungsversuche von seiten dieser Länder, daß Hilfe entweder eingestellt oder doch streng nach außenpolitischen und strategischen Notwendigkeiten verteilt werde. Die Konsequenz daraus wäre, so meinen diese Leute, eine Verstärkung von Wirtschaftskraft und Wohlstand in den Industrieländern, die von der übrigen Welt nichts zu fürchten hätten, da über diese das Chaos hereinbrechen würde. Von der kommunistischen Gefahr brauche man sich dabei nicht schrecken lassen, da Rußland sich hüten werde, die gesamte Last der Entwicklungsländer nun seinerseits auf sich zu nehmen.

Entwicklung als internationale Aufgabe

Diese Auffassung ist verführerisch. Zweifellos wäre sie bei dem wirtschaftlich-militärischen Übergewicht der reichen Länder rein technisch-organisatorisch eine gewisse Zeit lang, vielleicht sogar mehrere Generationen hindurch, auch durchzuhalten. Es fragt sich nur, ob die reichen Länder damit nicht gleichzeitig alle jene Werte der Menschenwürde und der menschlichen Solidarität aufgäben, auf denen letztlich ihr technisch-wirtschaftlicher Fortschritt und ihr Wohlstand beruhen. Wäre es möglich, mit einer solchen Härte und Brutalität den weitaus größeren Teil der Menschheit dem sicheren Elend zu überlassen, ohne gleichzeitig diese Härte und Brutalität auch auf die eigenen inneren Verhältnisse zu übertragen?

Ist es erlaubt und überhaupt möglich – so muß man weiterfragen –, jenen Prozeß der „Einswerdung der Welt“ wieder rückgängig zu machen, der vor Jahrhunderten durch die europäische Kolonisation der Welt eingeleitet wurde und der durch die Entkolonisierung der letzten Jahrzehnte in die entscheidende Phase seiner Vollendung eingetreten ist? Germaine Tillion hat in einer Studie über Algerien darauf hingewiesen¹⁰, daß die Ausdehnung der Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert unter ausgesprochen humanitären Parolen erfolgt sei. Es sei nun, so meint die

¹⁰ L'Algérie en 1957 (Paris 1957) 41.

Autorin, reine Heuchelei, wenn heute Europa den Unabhängigkeitswillen der ehemaligen Kolonien zum Vorwand nähme, diese ihrem Schicksal zu überlassen, das nach Lage der Dinge nur in fortschreitender Verelendung und innerer Zersetzung bestehen könne. Diese Argumentation muß ernst genommen werden. Die Einheit, die die Welt nach fünf Jahrhunderten Kolonisation und Vorherrschaft der Industrieländer erlangt hat, ist zwar durch eine ständig steigende Interdependenz der Staaten und Wirtschaftsräume in allen Lebensbereichen gekennzeichnet. Diese Interdependenz hat sich jedoch nur einseitig ausgewirkt. Wenn oben gesagt wurde, die Unterentwicklung sei eigentlich besser eine Fehlentwicklung zu nennen, so gilt dies in gewissem Sinn auch von der heutigen Welt als ganzer: Eine Gruppe moderner dynamischer Staaten, die den kleineren Teil der Menschheit umfaßt, steht nämlich neben einer Gruppe von Ländern, in denen die traditionellen Wirtschafts- und Gesellschaftseinheiten in ihrem Gleichgewicht schwer gestört sind. Ein Anschluß dieser Einheiten an die Dynamik der modernen Staatengruppe hat nicht stattgefunden.

Die Entkolonisierung mit der durch sie bewirkten Entstehung einer Gruppe „Dritter Mächte“ hat diese Situation nicht hervorgerufen, sondern nur deutlich offengelegt. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß für die rasche Entkolonisierung die besondere, vom Ost-West-Konflikt bestimmte weltpolitische Lage nach dem zweiten Weltkrieg zwar eine große Rolle gespielt habe. Der eigentliche Grund sei aber darin zu sehen, daß die vom Prozeß der Unterentwicklung – oder besser gesagt: Fehl-Entwicklung – mehr und mehr erfaßten Kolonialgebiete ihre „Kolonisierbarkeit“ verloren hätten. Nicht nur hätten die modernen Eliten eine weitere Herrschaft von außen unmöglich gemacht, auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die nötig gewesen wären, um die neue Situation aufzufangen, hätten sich nur über eine Beteiligung der betroffenen Bevölkerung realisieren lassen¹¹. Nicht nur die militärische Problematik moderner Kolonialkriege hat die Kolonialmächte also dazu gedrängt, ihre Kolonien aufzugeben, sobald sich der Unabhängigkeitswille stärker bemerkbar machte. Wie dem auch sei, die Entlassung der ehemaligen Kolonialvölker in die Unabhängigkeit kann nicht eine einfache Rückkehr zum Zustand vor der Expansion Europas bedeuten, als nur ein bloßes Nebeneinander verschiedener Zivilisationen bestand, die miteinander gar nicht oder nur wenig in Kontakt standen.

Aber auch der Unterschied von „Drinne“ und „Draußen“, wie er in der kolonialen, vom europäischen Staatensystem her bestimmten Weltordnung verstanden worden und für sie tragend gewesen war, kann jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Vorstellung nämlich, daß für weite Teile der Welt in Asien oder Afrika die völkerrechtlichen und sozialpolitischen Maßstäbe, die zwischen den

¹¹ Daraus ergibt sich eine durchaus positive Beurteilung der Unabhängigkeitsbewegung auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Vgl. Jean-Yves Calvez, Politik und Wirtschaft in Entwicklungsländern, in: Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung II (Mannheim 1963) 72 ff.

europäischen Staaten und in den europäischen Ländern gelten, nur in Abschwächung, wenn überhaupt, anzuwenden seien, verschwindet. Wir erleben eine Ausweitung des Staatensystems, das seinen spezifisch europäischen Charakter verliert und so – besonders in den letzten Jahren – mehr und mehr zu einem echten Weltstaatensystem wird. Dabei ist interessant, daß der „soziale“ Aspekt der internationalen Beziehungen gerade im Zusammenhang mit den Problemen der neuerdings unabhängig gewordenen Nationen eine besondere Berücksichtigung findet, was den Eindruck nur noch verstärkt, daß das „Werden der einen Welt“ mit der Entkolonisierungswelle keineswegs unterbrochen worden ist. Dieser neue „soziale“ Aspekt der Beziehungen zwischen den Völkern¹² ist unumgänglich in einer Völkergemeinschaft, die sich nicht aus Mitgliedern zusammensetzt, deren Wirtschaftsstruktur, Sozialordnung und technische Entwicklungsstufe einigermaßen gleichartig ist, sondern aus Mitgliedern, die auf den verschiedensten Stufen des wirtschaftlich-technischen Fortschritts stehen. Neben der Friedenssicherung, die im Zeitalter der Atomwaffen von ausschlaggebender Bedeutung wird, tritt so als Aufgabe der politischen Weltordnung die Gewährleistung von Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen. Die Völkerorganisation des 19. Jahrhunderts und noch des Völkerbundes hatte hauptsächlich auf dem liberalen Prinzip der Sicherung der Freiheit des einzelnen Mitgliedes der Rechtsgemeinschaft beruht. Jetzt tritt das soziale Prinzip der Sorge und Verantwortlichkeit der Gemeinschaft für das Wohl aller Mitglieder hinzu.

Man hat gesagt (Toynbee), daß die moderne Welt zunächst das Problem des von ihr geschaffenen „inneren“ Proletariats habe bewältigen müssen, während sie heute die Aufgabe habe, das Problem des „äußeren“ Proletariats zu lösen. Diese Ausdrucksweise will darauf hinweisen, daß es sich bei dem Entwicklungsproblem um eine neue Phase der „sozialen Frage“ handelt, die mit der vorausgehenden Phase, der Lösung des Arbeiterproblems¹³, zusammenhängt. Beide Arten von Proletariat sind aus dem Industriezeitalter hervorgegangen, wenn auch in einem gewissen zeitlichen Abstand. Bei der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts war es ebenfalls nicht nur der uralte Unterschied zwischen arm und reich gewesen, der jetzt infolge der demokratischen Prinzipien unerträglich erschien. Es kamen die Auswirkungen der industriellen Revolution hinzu, die eine neue Art von Elend mit sich brachten und gleichzeitig neue Möglichkeiten zu dessen Überwindung eröffneten. Auch im 19. Jahrhundert drängten nicht nur die auf dem Gleichheitsanspruch beruhenden politischen Ideologien auf eine stärkere wirtschaftliche Gleichheit hin, sondern die Arbeiterfrage beruhte auch auf dem Zerfall der alten wirtschaftlichen und gesell-

¹² B. V. A. Röling (International Law in an Expanded World, Amsterdam 1960, 50 ff.) meint, so wie sich der Einzelstaat vom „Nachtwächterstaat“ der liberalen Epoche zum heutigen „Wohlfahrtsstaat“ entwickelt habe, so trete heute allmählich auch im Völkerrecht und in den internationalen Beziehungen neben das liberale Prinzip der Sicherung der Freiheit des einzelnen Mitglieds der Rechtsgemeinschaft noch das soziale Prinzip der Sorge und Verantwortlichkeit der Gemeinschaft für das Wohl aller Mitglieder hinzu: „... not only peace, but also prosperity is indivisible“ (ebd. VIII f.).

¹³ Lacoste a.a.O. 68 f. weist darauf hin, daß es sich beim „äußeren“ Proletariat noch nicht einmal um Proletarier wie die des 19. Jahrhunderts handle, da sie nicht als Arbeitskräfte in die moderne Welt integriert sind.

schaftlichen Ordnungen. Für die soziale Frage unserer Tage gilt Entsprechendes. Diesmal muß eine Lösung allerdings auf Weltebene gefunden werden. Die Umstrukturierung aller Lebensbereiche, die nötig ist, um die unterentwickelten Länder in die neue internationale Ordnung einzubauen, hat sowohl innerhalb der einzelnen Länder, der reichen wie der armen, als auch hinsichtlich der Beziehungen der einzelnen Volkswirtschaften oder Wirtschaftsräume untereinander zu erfolgen¹⁴. Das ist mehr als die Verteilung von Almosen aus dem Überfluß der reichen Länder. Das Problem des „inneren“ Proletariats verlangt neben der jeweiligen innerstaatlichen Sozialpolitik auch eine internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik¹⁵.

Eine neue Aufgabe der Außenpolitik

Maßnahmen der Entwicklungshilfe sollten darum so wenig als „Geschenk“ betrachtet werden wie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zur besseren Integrierung von Regionen oder Bevölkerungsschichten in das Gesamtgefüge einer Nation. Ob es im Rahmen der Hilfe besser ist, Geld zu verschenken oder es zu verleihen, ob die rechte Verwendung der Gelder auf diese oder jene Weise gewährleistet werden kann, ob man besser Schwerpunkte der Hilfe bildet oder die Hilfe über viele Länder streut, all dies sind darum Fragen, die auf dem allgemeinen Hintergrund der Bereitschaft angegangen werden sollten, das zu tun, was für alle Beteiligten am besten ist¹⁶. Die Außenbeziehungen der Länder, die Hilfe gewähren können, erhalten damit eine neue Dimension. Bisher dachte man, wenn von Gerechtigkeit und Wohlfahrt die Rede war, vornehmlich in Kategorien der Innenpolitik der Einzelstaaten. Hinsichtlich der Außenpolitik begnügte man sich gemeinhin mit der Forderung nach einem Minimum der wechselseitigen Anerkennung der lebenswichtigen Interessen. Die ständig sich steigernde Interdependenz der Staaten und Nationen auf allen Gebieten der Technik, der Wirtschaft und der Kultur fordert heute mehr, wodurch die rechte Einbeziehung der Entwicklungsländer in das neue Weltsystem zu einer der dringendsten Aufgaben der internationalen Politik wurde. Dies wirkte sich nicht nur in allgemeinen Erklärungen über die Verpflichtung der Völkergemeinschaft zur Förderung der Wohlfahrt aller Menschen aus (z. B. Präambel der Charta der UN, Menschenrechtserklärung der UN, Art. 22). Es entstand vielmehr ein ganzes Netz von bilateralen und multilateralen Verträgen, die eine Hebung der Wohlfahrt in den bisher zurückgebliebenen Teilen

¹⁴ Vgl. dazu Jean-Yves Calvez, *Justice dans le commerce avec le tiers monde*, in: *Revue de l'Action Populaire*, avril 1964; G. A. Sonnenhol, *Die Industrieländer nach der Welthandelskonferenz*, in: *Außenpolitik* 1964, Heft 7.

¹⁵ So auch Oswald v. Nell-Breuning, *Die ethische Begründung der Entwicklungshilfe*, in: *Jahrbuch des Instituts für christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster*, Bd. 3, 340.

¹⁶ Haushaltsrechtliche Erwägungen beispielsweise oder die apriorische Meinung, daß Geld, das zu den banküblichen Zinsen geliehen ist, besser zu wirtschaftlichem Denken erziehe, sollten jedenfalls nicht dazu führen, daß einzelne Entwicklungsländer in einen Zustand der Überschuldung gelangen, der schließlich jeden Zinsendienst und die Rückzahlung selbst gefährdet.

der Erde zum Ziel haben. Die Arbeit einzelner Organe der Vereinten Nationen sowie vieler mit diesen verbundenen Sonderorganisationen hat diesen Trend noch in bedeutendem Maße verstärkt.

Das Fehlen einer eigentlichen Weltregierung, die wirksam eine „Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Weltebene“ durchführen könnte, dispensiert die Einzelstaaten nicht davon, ihr möglichstes zu tun, um durch Zusammenarbeit dem gesteckten Ziel näher zu kommen. Dies läßt sich sowohl aus dem ethischen Prinzip der gemeinsamen Verantwortung für das Weltgemeinwohl begründen¹⁷ wie auch aus dem gemeinsamen Interesse an der Beseitigung von Krisenherden ableiten. Eine Außenpolitik, die dieser Sachlage nicht Rechnung trägt, dürfte Gefahr laufen, sich der Möglichkeiten zur Mitgestaltung der neuen Völkerordnung in den entscheidenden Augenblicken zu begeben und damit früher oder später in eine Isolierung zu geraten, die die Verfolgung auch der legitimsten einzelstaatlichen Ziele sehr erschwert. Das kleine Israel hat es meisterhaft verstanden, das Einschwenken der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten auf die arabische Linie durch Maßnahmen der Entwicklungshilfe in Schwarz-Afrika zu verhindern. Eine solche Politik hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie nicht mit jeder einzelnen Hilfsmaßnahme politische Bedingungen verbindet, sondern darauf ausgeht, sich durch den Beitrag zum gemeinsamen Werk nützlich zu erweisen.

Für ein Land wie die Bundesrepublik ist die Entwicklungshilfe sogar das einzig wirklich wirksame Instrument der Außenpolitik. Die Bundesrepublik hat keine Armee unter ihrem Kommando. Sie kann sich nicht, wie Frankreich oder die angelsächsischen Nationen, durch die Stellung von Zehntausenden von Lehrkräften für das Erziehungswesen ganzer Länder unentbehrlich machen. Sie hat auch keine Stimme in den „Vereinten Nationen“¹⁸. Ihre einzigen Einflußmöglichkeiten liegen in ihrem wirtschaftlich-technischen Potential. Wenn sie dieses in einer Weise nutzt, daß dabei das wohlverstandene Interesse der übrigen Länder und das Gesamtinteresse der Völkergemeinschaft gefördert werden, wird sich das auch auf die Verfolgung der legitimen Ziele einer deutschen Außenpolitik günstig auswirken.

Es wird nicht immer leicht sein, im eigenen Land für eine solche Sicht der außenpolitischen Aufgaben Verständnis zu schaffen. Die öffentliche Meinung wird stets dazu neigen, auf die unausweichlichen Rückschläge in emotionaler Weise mit perfektionistischen Vorschlägen für eine strenge Kontrolle bei Vergabe und Verwendung der Gelder oder auch mit düsteren Warnungen vor den wirtschaftlichen Folgen der beabsichtigten Maßnahmen reagieren. Man hat in den bereits industrialisierten Ländern allzu schnell vergessen, daß in den sozialen Kämpfen des 19. Jahrhunderts gegenüber der Arbeiterschaft von seiten der Besitzenden ähnliche Ein-

¹⁷ Vgl. dazu die Gedankengänge Johannes' XXIII. in den Enzykliken *Mater et Magistra* (nr. 158 ff.) und *Pacem in Terris* (nr. 121 ff.).

¹⁸ Sie ist allerdings in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und auf internationalen Wirtschaftskonferenzen vertreten, wo die mit der Unterentwicklung zusammenhängenden Fragen in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund getreten sind.

wände vorgebracht wurden wie heute von seiten der entwickelten Länder gegenüber den Entwicklungsländern, Einwände, die sich alle als haltlos erwiesen haben.

Eine solche Außenpolitik wird aber auch viel Geduld mit den neuen Staaten und viel Verständnisbereitschaft für deren besondere Lage aufbringen müssen. Der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft durch den Marshallplan war eine verhältnismäßig einfache Angelegenheit, da die gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse in Europa die rechte Verwendung der von außen kommenden Hilfe leicht machten. Hinsichtlich der Entwicklungsländer liegen die Dinge viel schwieriger. Die Forderung an die neuen Staaten auf rechte Verwendung der Gelder und Leistungen, auf raschen Aufbau einer gesunden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder auf Verzicht auf jede Demagogie in Innen- und Außenpolitik kann nur schrittweise verwirklicht werden. Es wäre widersinnig, die zu leistende Entwicklungshilfe von der vorherigen Erfüllung dieser Forderungen abhängig machen zu wollen. Denn ein solcher Standpunkt setzt das Problem der Unterentwicklung bereits als gelöst voraus.

Die Schulausbildung der Kinder katholischer Familien in der Bundesrepublik

Paul Steinki

Erste, aber höchst bedeutsame Schritte zum Ziel der Verchristlichung der Gesellschaft erblickt von Nell-Breuning in der Stärkung der Familien, beginnend von ihrer wirtschaftlichen Untermauerung bis zu ihrer Vollendung als Erziehungsgemeinschaft, in der die Fülle aller kulturellen, sittlichen und religiösen Werte zwar nicht geschaffen, wohl aber stets neu verlebendigt und von Geschlecht zu Geschlecht weitergereicht wird¹. Im Zusammenhang mit den Funktionen der Familie pflegen wir auf das Recht abzuheben, auf das Recht der Familie und das Recht der Eltern gegenüber Gesellschaft, Staat, Schule. Dies ist verständlich, weil der Familie das Recht auf ihren Bestand und auf die Ausübung ihrer gottgegebenen Funktionen in der Vergangenheit wiederholt beschnitten und streitig gemacht wurde und selbst heute noch in mancher Beziehung nur unter vielen Mühen durchgesetzt und verwirklicht werden kann. Gleichermäßen wie wir für das Recht der Eltern und der Familien eintreten, sind wir aber auch gehalten, uns immer wieder der Auf-

¹ O. v. Nell-Breuning, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Freiburg 1956) 91.